

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

20 (15.5.1947)

VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 20

Mannheim, 15. Mai 1947

Preis 15 Pfg.

Wir treiben der Hungerkatastrophe zu!

Anfrage der KPD-Fraktion im Landtag

Durch eine Anfrage brachte die Kommunistische Partei das weitere Absinken der Kalorien in der Sitzung des Württemberg-Badischen Landtages am 9. Mai 1947 zur Sprache. Der Landwirtschaftsminister Stooß mußte bestätigen, daß teilweise nur noch 700 Kalorien täglich ausgegeben werden. In ihrer Anfrage hatte die kommunistische Landtagsfraktion die Frage gestellt, ob es war ist, daß

in der kommenden Woche ein Ernährungssatz von nur 630 Kalorien im Tag ausgegeben werden soll und in der darauffolgenden Woche eine weitere Kürzung auf 580 Kalorien geplant sei, und was der Ernährungsminister zu tun gedanke, um in den großen Städten eine Hungerkatastrophe zu verhindern.

Der Landwirtschaftsminister Stooß mußte zugeben, daß er am Ende seines Lateins

ist. Er erklärte, die Verantwortung nicht länger tragen zu können. Die Forderung der Kommunisten, für die fehlenden Kartoffeln nach Möglichkeit Nahrungsmittel irgendwelcher Art auszugeben, führte zu der Erwiderung, daß ihm als Landwirtschaftsminister verboten sei, die Konserven aus den

vollgestopften Fabriken

zu verteilen. Darüber hinaus habe er die Auflage erhalten, insgesamt 300 t Konserven aus Württemberg-Baden nach Bayern, Hessen und Berlin zu liefern. Angesichts der bedrohlichen Ernährungslage und der jede Stunde zu erwartenden Explosion der Bevölkerung

hatte er dies abgelehnt.

Es kann kein Mensch erwarten, daß das werktätige Volk der Städte bei einem Kalorienatz von 600 bis

700 Kalorien täglich noch zu einer Arbeitsleistung fähig ist. Es kann kein Mensch erwarten, daß auf die Dauer mit Ruhe und Verquint die Auswirkungen einer offensichtlichen Mißwirtschaft getragen werden können. Was zu tun ist, um die Katastrophe zu meistern, haben die

naten sei dieses schon beim bizonalen Ernährungsamt in Stuttgart in Arbeit. 5 Monate, das überlege man sich! 5 Monate und dann macht man Mitteilungen über einige Einzelheiten dieses geplanten Erfassungssystems. Daß bei einem solchen Arbeitstempo die Bevölkerung mittler-

den Rücktritt von Schlange-Schönningen und Dr. Dietrich. Und wenn schon ein Zweizonen-Ernährungsamt in Funktion ist, dann ist gerade bei ihm das Zustandekommen auf demokratischer Grundlage und die demokratische Verantwortlichkeit notwendig. Die haben wir bei den bizonalen Aemtern nicht und deshalb stehen wir bei allen einschneidenden Lebensfragen vor der unmöglichen Situation, daß, wenn es brennt, Länderregierungen und Minister die Verantwortung ablehnen, sich nicht für verantwortlich erklären, oder den Streit um die Kompetenzen beginnen, statt Maßnahmen zu treffen, die zu einer unmittelbaren Hilfe führen. Objektive Schwierigkeiten wird es nach Sachlage der Dinge immer geben. Daß wir aber, anstatt unsere Kräfte zu ihrer Meisterung einzusetzen, diese im Kampf gegen das Ungeheure Bürokratie und Sabotage verbrauchten müssen und dabei noch nicht einmal weiter kommen, ist eine Schande. Damit muß als erstes Schluß gemacht werden, wenn wir tatsächlich nicht in der Hungerkatastrophe umkommen wollen.

W. G.

Ersatz für die fehlenden Kartoffeln gefordert

Auf interfraktioneller Grundlage haben die vier Parteien des Landtages die Regierung in Württemberg-Baden ersucht, bei der Kontrollgruppe des Zweizonenrates und beim Ernährungs- und Landwirtschaftsrat vorstellig zu werden, daß anstelle der fehlenden Kartoffeln, die im Lande noch lagernden Bestände an Nahrungsmitteln, Gemisekonserven, Eipulver, Trockenmilch und ähnliches jetzt in der Zeit der größten Not an die Bevölkerung ausgegeben werden.

Kommunisten in ihrem Sofortprogramm aufgezeigt. Dr. Schlange-Schönningen gab in der Sitzung des letzten Zonenrates in Hamburg bekannt, daß beabsichtigt ist, ein neues Erfassungssystem durchzuführen. Seit 5 (!) Mo-

weile verhungert, kann ja garnicht ausbleiben. In verwässerter Form kommt man da und dort jetzt auf Vorschläge der Kommunisten zurück. Not tut ihre gänzliche Durchführung. Als Voraussetzung betrachten wir



Sie sind für die Einheit Deutschlands, für eine einheitliche sozialistische Partei

Mannheimer Betriebsarbeiter sprechen. „Selbstverständlich bis ich als Deutscher und Sozialist für die Einheit Deutschlands“

so antwortete ein sozialdemokratischer Arbeiter auf unsere Frage: Sind Sie für ein einheitliches Deutschland oder einen föderalistischen Bundesstaat?

Der Betriebsratsvorsitzende Sch. von „Winterwerb und Streng“, der noch keiner Partei angehört, erklärte: „Deutschland ist nicht lebensfähig, wenn es zerrissen ist, deshalb bin ich für ein einheitliches Deutschland.“

Auch die übrigen Betriebsräte

erklärte der Betriebsratsvorsitzende der Firma Lanz auf unsere Frage. Auch die anderen Befragten sprachen sich für einen Volksentscheid aus. Der sozialdemokratische Kollege wies sehr richtig darauf hin, daß

„wenn man die Entscheidung den Länderparlamenten überlasse, man nie wissen würde, wie die einzelnen Parteien stimmen würden.“ Die Haltung der CDU in den westlichen Ländern Deutschlands ist ja z. B. mehr oder weniger föderalistisch und z. T. offen separatistisch, so im Saargebiet, so in Süd-Württemberg und Süd-Baden und sogar in der SPD gibt es leider Kreise, die nichts von einer wirklichen Einheit Deutschlands wissen wollen.

Der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende von Daimler-Benz, von der Firma Lanz und von der Firma Süd, Kabelwerke sind für die Einheit Deutschlands und stellen bei der Begründung die Notwendigkeit einer einheitlichen Wirtschaftsgestaltung und Lenkung in den Vordergrund, die selbstverständlich in einem föderalistischen Bundesstaat, wo die „Hoheitsrechte“ bei den einzelnen Ländern liegen, nicht möglich ist.

„Selbstverständlich bin ich dafür, daß das deutsche Volk durch einen Volksentscheid über den staatlichen Aufbau Deutschlands selbst entscheiden soll. Das entspricht den einfachsten demokratischen Grundsätzen“

Lebensmittel aus der Sowjet-Zone

Die „Nordwestdeutsche Zeitung“ in Oldenburg berichtet am 3. Mai 1947, daß in der Zeit vom 1. August 1946 bis 1. April 1947 insgesamt 170 000 To. Lebensmittel aus der so-wjetischen Zone nach der Westzone geliefert wurden.

Bis zum 31. Juli 1947 sollen weitere 20 000 To. Zucker, 150 000 To. Kartoffeln, 73 000 To. Brotgetreide und 65 000 To. Hafer geliefert werden.

Wir haben die feste Überzeugung, daß die Lieferungen aus der Ostzone das dort festgefügte Ernährungssystem nicht beeinträchtigen. Mit den Transporten von Lebensmitteln in die Westzone wurden

keine „Löcher“ aufgerissen, wie das bei uns meist der Fall ist, wenn beispielsweise Getreidelieferungen, wie das kürzlich in Mannheim geschah, ins Ruhrgebiet dirigiert werden. Dafür hat man in der Ostzone Planmäßigkeit in der Produktion und Erfassung, wie auch Verteilung der landwirtschaftlichen Güter. Dort entscheiden über die Lebensfragen des Volkes die Werktätigen selbst; dort ist die Agrarreform durchgeführt und haben Monopolherren und Junker das Handwerk gelegt bekommen; dort fehlen Schlange-Schönningen und auch die bizonalen Aemtern. Bei uns muß das Mitbestimmungsrecht und die Produktionskontrolle erst noch verwirklicht werden.

betriebsratsvorsitzende von „Winterwerb u. Streng“, „In die SPD gehen diese Parteilose nicht, weil sie ihnen zu faul ist, bei der KPD haben sie andere Hemmungen“

Die Betriebsratsvorsitzenden von Benz und Lanz sind der festen Überzeugung, daß viele Parteilose sich der SED anschließen werden

„Die Stimmung in unserem Betrieb ist so, daß sich viele Parteilose für die SED entscheiden werden, weil sie diese Partei für die einzig richtige halten“

so der Vorsitzende bei Lanz

„Mit der Hetze gegen die SED bin ich nicht einverstanden, die SED glaubt bestimmt, daß die SED Zuwachs bekommen wird und

beiter, die auf dem linken Flügel stehen, für die SED sind“

erklärte der Sozialdemokrat.

Die Zusammenarbeit aller Arbeiterparteien, der SPD und der KPD, wird von allen Befragten dringend gewünscht. Der Betriebsratsvorsitzende von Winterwerb und Streng meinte

„Eine Zusammenarbeit aller sozialistischen Parteien halte ich für dringend notwendig. Momentan ist das leider nicht möglich. Über eine Zusammenarbeit mit den sozialistischen Parteien hinaus sollte man auch zu einer Zusammenarbeit mit den christlich organisierten Arbeitern kommen, denn diese drückt die Last genau so wie uns und sie sind genau so unzufrieden mit den herrschenden Zuständen wie alle anderen auch“

„Eine Zusammenarbeit ist sehr wünschenswert, aber leider wird sie durch gewisse Führer unterdrückt“

stellte der Betriebsratsvorsitzende von Lanz fest und der Betriebsratsvorsitzende von Daimler-Benz meinte

„daß es leider mit der Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten noch mangel“

Wir schließen uns hier auch der Meinung des Sozialdemokraten an, der sagte:

„Wir haben gemeint, daß man aus der Vergangenheit etwas gelernt“ (Fortsetzung auf Seite 2)

Wer ist schuld am Hunger?



Das Volk weiß es genau!

Schuld ist: Nicht der Arbeiter!

Schuld ist: Nicht der Bauer!

Schuld ist: Nicht die Besatzungsmacht!

Schuld ist: Schlange-Schönningen und Dr. Dietrich und ihr reaktionärer Reichsnährstandsapparat!

Der Hunger ist organisiert!

Deshalb:

Weg mit den Organisatoren des Hungers!

Massenstreik in Spanien

60 000 Arbeiter haben bereits im Bezirk von Bilbao, der 300 000 Einwohner zählt, die Arbeit niedergelegt. José Aguirre, der Leiter der baskischen Delegation bei der spanischen Exilregierung, erklärte, daß die gesamte spanische Provinz Biskaya von einer Streikbewegung ergriffen sei, die sich über ganz Spanien auszudehnen drohe. „Diese Streikbewegung“, sagte Aguirre, „ist deswegen von solch großer Bedeutung, weil es das erste Mal in der Geschichte des Widerstandes gegen General Franco zu so weitgehenden Demonstrationen gekommen ist.“ Die Polizei nimmt beträchtliche Verhaftungen vor, um eine Ausdehnung der Streiks der baskischen Arbeiter auf das nordwestliche Küstengebiet zu verhindern.

Hungerstreik

Sitzstreik bei Blohm & Voß

Die Belegschaft der Schiffwerft Blohm & Voß, der sich die Arbeiter von 5 weiteren Hamburger Firmen anschlossen, führten am 7. Mai einen Sitzstreik durch, um gegen die Hungerkataloge zu protestieren und die Forderungen der mit dem Hamburger Bürgermeister verhandelnden Gewerkschaftsvertreter zu unterstützen. Betriebsdelegationen forderten vom Ortsausschuß der Gewerkschaften eine Groß-Hamburger Protestdemonstration.

Sämtliche Hamburger Betriebe streiken!

Am 9. Mai legten sämtliche Betriebe von Hamburg die Arbeit nieder. Die Gaststätten hatten geschlossen, die Straßenbahnen und Untergrundbahnen fuhren nicht und sogar der Rundfunk hatte seine Sendungen eingestellt. Mit wehenden roten Fahnen zogen aus allen Betrieben mehr als 200 000 Menschen zu der von der Gewerkschaft einberufenen Protestkundgebung gegen den Hunger. „Tod den Organisatoren des Hungers“, „Dem Schieber Tod, dem Volke Brot“, waren die Forderungen auf ihren Transparenten.

Auch in Hannover führten die Arbeiter und Angestellten aller Betriebe einen Proteststreik gegen den Hunger durch.

Und in Wien...

„Nieder mit der Hungerregierung“, lauteten die Aufschriften auf den Plakaten und Schildern der Tausende von Arbeitern, welche in allen Wiener Bezirken und vor der Bundeskanzlei den Rücktritt der österreichischen Regierung forderten. Proteststreiks gegen den Hunger fanden in Wien statt und die streikenden Arbeiter forderten die Entscheidung der Gewerkschaften über einen Generalstreik. Oesterreichische Polizei und amerikanische Militärpolizei mußten eingreifen, um die Ansammlungen tausender Demonstranten zu zerstreuen. Die Regierung außerstande, der Hungerdemonstrationen Herr zu werden, ersuchte den Alliierten Kontrollrat um verstärkte Bewaffnung der Sicherheitspolizei und um Entsendung von Truppen nach Wien.

Generalstreik in Rom

In Rom, Mailand und anderen größeren Städten fand als Protest gegen die Ermordung von acht Personen durch Maschinengewehrfeuer der einer streikender in Schweden, ein Generalstreik statt. Fabriken, Läden und Behörden waren geschlossen und die Werktätigen fanden sich zu Massendemonstrationen zusammen.

Streikführer verhaftet und deportiert

80 Streikführer, welche am Streik der Schiffs- und Hafenarbeiter teilgenommen hatten, wurden auf Befehl 1 der portugiesischen Regierung verhaftet und nach den Kapverdischen Inseln deportiert.

Auch in Deutschland: Gefängnis für Streikende und Demonstranten

18 „Ruhetörer“ der Hungerdemonstrationen in Braunschweig erhielten von einem britischen Militärgericht Gefängnisstrafen bis zu 12 Monaten zudiktiert. Ein 18jähriger Angeklagter erhielt 3 Jahre Jugendhaft, wobei ihm zugesagt wurde, daß er nach einem Jahr mit Bewährungsfrist aus der Haft entlassen würde.

Sprechstunden der Redaktion

finden jeweils donnerstags und freitags von 17-19 Uhr statt. Außerhalb dieser Tage bitten wir von Vorsprachen Abstand zu nehmen.

Redaktion des „Badischen Volksecho“, Mannheim, S 3, 10. Tel. 432 40.

